



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 23. Oktober 2026

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 26. Oktober 2026

Fokusthemen: Finanzen und Bauen

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montagmorgen nach der Wahl zweier Ersatzmitglieder des Obergerichts mit einem Beitrag an den Kanton Jura und der Abschreibung eines Postulats zur kantonalen Schuldenbremse beschäftigen. Anschliessend stehen sechs Einzelinitiativen auf der Traktandenliste. Bis zur Mittagspause wird der Rat parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Die Nachmittagssitzung beginnt mit einer Debatte über die Vergütungen der Axpo-Geschäftsleitung. Anschliessend wird der Rat Vorstösse behandeln, welche die Baudirektion betreffen.

16,3 Millionen Franken für den Kanton Jura

Soll der Kanton Zürich den Kanton Jura mit einem Beitrag von rund 16,3 Millionen Franken unterstützen? Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt mit 9 zu 6 Stimmen, den entsprechenden Objektkredit zu bewilligen ([6082](#)). Hintergrund ist der Wechsel der Gemeinde Moutier vom Kanton Bern zum Kanton Jura am 1. Januar 2026. Da dieser im Nationalen Finanzausgleich (NFA) erst ab 2032 vollständig berücksichtigt wird, entsteht dem Kanton Jura eine Beitragslücke von insgesamt 65 Millionen Franken. Der Kanton Zürich und fünf weitere Geberkantone haben vorgeschlagen, diese Lücke zu schliessen, sofern das Bundesparlament auf eine geplante Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs verzichtet. Die eidgenössischen Räte haben die entsprechende Kürzung inzwischen aus dem Entlastungspaket gestrichen. Die STGK kritisiert zwar das Vorgehen des Bundes. Die Kommissionsmehrheit unterstützt den Kredit aber, weil sie gegenüber den anderen Geberkantonen ein verlässlicher Partner sein will. Die Minderheit (SVP, GLP) lehnt die vorgeschlagene Lösung als willkürlich ab und verweist auf ein bestehendes Instrument des NFA, mit dem die Zahlungslücke hätte überbrückt werden können.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Minderheit: Gabriel Mäder (GLP, Adliswil), 079 400 70 68

FIKO-Mehrheit sieht weiteren Diskussionsbedarf bei der Schuldenbremse

Als erledigt abschreiben will die Finanzkommission (FIKO) das Postulat betreffend «Kantonale Schuldenbremse» ([KR-Nr. 114/2023](#)). Mit dem ursprünglich als Motion eingereichten Vorstoss von SVP, FDP und Mitte wurde verlangt, die gesetzlichen Grundlagen für eine Schuldenbremse zu schaffen, damit Investitionen mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass dieses Ziel mit den bestehenden Instrumenten der Haushaltssteuerung erreicht werden kann und keine zusätzlichen gesetzlichen Massnahmen nötig sind. Die FIKO beantragt mit 6 zu 5 Stimmen, das Postulat zwar abzuschreiben, gleichzeitig aber eine vom Regierungsrat abweichende Stellungnahme abzugeben. Die Mehrheit hält fest, dass der heutige mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung die Verschuldung nicht wirksam steuern könne und die Finanzierung der Investitionen nur unzureichend berücksichtige. Aus ihrer Sicht besteht deshalb weiterhin politischer Klärungsbedarf. Die Kommissionsminderheit unterstützt die Abschreibung, möchte aber auf eine abweichende Stellungnahme verzichten.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

Minderheit: Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich), 076 589 01 58

EI zu Verkehr, Mindestlöhnen, Stromversorgung, Finanzen und Namensrecht

Normalerweise rasch behandelt werden Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Zwei EI stammen von einer Person aus Winterthur. Mit der ersten fordert sie die Einführung einer sogenannten Verkehrsflächenziffer. Damit sollen die von den verschiedenen Verkehrsträgern beanspruchten Flächen und die darauf erbrachten Verkehrsleistungen erfasst und vergleichbar gemacht werden ([KR-Nr. 292/2026](#)). Mit der zweiten EI möchte sie die Kantonsverfassung dahingehend ändern, dass das kantonale Gesamtverkehrskonzept um eine solche Kennzahl ergänzt wird. Zudem soll in der Verfassung ausdrücklich der Verkehr zu Land, zu Wasser und in der Luft berücksichtigt werden ([KR-Nr. 293/2026](#)). Eine Person aus Hedingen möchte mit einer EI erreichen, dass ausschliesslich der Kanton für die Festsetzung von Mindestlöhnen zuständig ist. Bereits bestehende kommunale Mindestlohnvorschriften sollen aufgehoben werden ([KR-Nr. 242/2026](#)). Eine Person aus Uster verlangt, dass der Kanton beim Bund eine Standesinitiative einreicht, damit in Zeiten der Stromknappheit grossen Rechenzentren, die nach Ansicht des Initianten «Unterhaltungsquatsch» produzieren, die Stromzufuhr abgeschaltet werden kann ([KR-Nr. 294/2026](#)). Eine Person aus Neerach möchte, dass bei Volksinitiativen, die zusätzliche Ausgaben für Kanton oder Gemeinden verursachen, künftig auch angegeben werden muss, wie diese finanziert werden sollen. Der Regierungsrat soll die Finanzierungsvorschläge auf ihre Realisierbarkeit prüfen ([KR-Nr. 295/2026](#)). Schliesslich stammt auch die letzte EI von der Person aus Uster. Mit einer weiteren Standesinitiative möchte sie das Namensrecht ändern, damit Erwachsene einmal im Leben ihrem bisherigen Vornamen einen selbst gewählten Vornamen voranstellen können ([KR-Nr. 297/2026](#)).

Parlamentarische Initiativen zu PFAS und Co-Präsidien an Gerichten

Bis zur Mittagspause wird sich der Rat mit parlamentarischen Initiativen (PI) beschäftigen. Dabei geht es ebenfalls darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie – anders als die EI – einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Grünen-Kantonsrat Benjamin Krähenmann möchte, dass der Kanton Zürich beim Bund eine Standesinitiative mit dem folgenden Ziel einreicht: Der Bund soll dafür sorgen, dass eine Abgabe auf PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) an der Quelle erhoben und damit ein Fonds gespiesen wird, aus dem sämtliche Sanierungskosten im Zusammenhang mit PFAS gedeckt werden sollen ([KR-Nr. 128/2026](#)). SP-Kantonsrätin Priska Lötscher will an Zürcher Gerichten Co-Präsidien ermöglichen, namentlich am Sozialversicherungsgericht ([KR-Nr. 129/2026](#)), am Verwaltungsgericht ([KR-Nr. 130/2026](#)), am Baurekursgericht ([KR-Nr. 131/2026](#)), am Steuerrekursgericht ([KR-Nr. 132/2026](#)) und am Obergericht ([KR-Nr. 133/2026](#)). Diese fünf PI werden gemeinsam behandelt.

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), 079 625 28 61

Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

KEVU-Mehrheit verlangt weitere Schritte bei Axpo-Löhnen

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wird der Kantonsrat über die Abschreibung des dringlichen Postulats betreffend «Schluss mit Lohnexzessen bei der AXPO!» diskutieren. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt mit 11 zu 4 Stimmen, dieses mit einer vom Regierungsrat abweichenden Stellungnahme als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 30/2025](#)). Mit dem Vorstoss von SP, SVP, Grünen, Mitte, EVP und AL wurde der Regierungsrat aufgefordert, sich für eine Begrenzung der jährlichen Vergütungen der Geschäftsleitungsmitglieder der Axpo einschliesslich des CEO auf maximal eine Million Franken einzusetzen. Zwar konnten die Eigentümer der Axpo inzwischen mehr Mitspracherechte bei den Vergütungen erwirken und deren starkes Wachstum etwas bremsen. Die geforderte Obergrenze wurde jedoch nicht eingehalten. Die Kommissionsmehrheit (SVP, SP, Grünen, EVP, Mitte) verlangt deshalb, dass sich der Regierungsrat und der Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) gemeinsam mit den anderen Eigentümern weiterhin für eine solche Begrenzung einsetzen. Dabei sollen auch die Vorsorgebeiträge berücksichtigt werden.

Andernfalls soll die an der Generalversammlung beantragte Vergütung abgelehnt werden. Die Minderheit (FDP, GLP) möchte hingegen dem Antrag des Regierungsrates folgen und das Postulat ohne abweichende Stellungnahme abschreiben.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Minderheit: Daniel Rensch (GLP, Zürich), 079 342 35 19

Vorstösse zu Beschwerdeverfahren, Windenergie, Wasservögeln und Bodenpolitik

Bis zum Ende der Sitzung wird sich der Kantonsrat am Nachmittag mit Vorstössen befassen, welche die Baudirektion betreffen. Thomas Anwander, Kantonsrat der Mitte, fordert mit der Motion betreffend «Anpassung des Beschwerdeverfahrens in Bausachen», dass die aufschiebende Wirkung bei einer Beschwerde nicht mehr automatisch eintritt, sondern von einer Partei beantragt und vom Verwaltungsgericht explizit erteilt werden muss ([KR-Nr. 195/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen. Anschliessend sind zwei Interpellationen traktandiert. GLP-Kantonsrätin Stefanie Huber wollte vom Regierungsrat mit dem Vorstoss betreffend «Gemeinden und Bevölkerung an der Windenergie beteiligen» wissen, welche rechtlichen Vorgaben verhindern, dass Gemeinden an Windenergieanlagen obligatorisch beteiligt werden können ([KR-Nr. 247/2024](#)). Und Wilma Willi, Kantonsrätin der Grünen, hat dem Regierungsrat mit der Interpellation betreffend «Brütende Wasservögel weniger stören» verschiedene Fragen zum Vogelschutz gestellt ([KR-Nr. 323/2024](#)). Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung sind die beiden Geschäfte erledigt. Mit der Motion betreffend «Boden für kommende Generationen sichern» verlangt Grünen-Kantonsrätin Silvia Rigoni, dass Kanton und Gemeinden ihre Grundstücke grundsätzlich im Eigentum behalten und Dritten höchstens im Baurecht zur Verfügung stellen ([KR-Nr. 327/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt, die Motion abzulehnen. Auch die Motion von FDP-Kantonsrätin Sonja Rueff-Frenkel lehnt er ab. Diese möchte den Gemeinden ermöglichen, bei Auf- und Umzonungen unterschiedlich hohe Mehrwertabgaben festzulegen, um die Verdichtung zu fördern ([KR-Nr. 329/2024](#)).

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur), 079 430 43 66

Daniel Rensch (GLP, Zürich), 079 342 35 19 (für Stefanie Huber)

Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), 079 749 10 54

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die Wahl zweier neuer Ersatzmitglieder des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2025–2031 an ([KR-Nr. 369/2025](#) und [KR-Nr. 204/2026](#)). Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17

Ronny Nicolussi, Leiter Kommunikation und Medien, 043 259 20 12